

KOLUMNE



von Dr. Ursula Heimann

## Der Wert einer Firma

Seit Jahrzehnten kennen wir das Credo: Der ausschließliche Zweck eines Unternehmens ist, finanziellen Profit für Besitzer und Investoren zu erwirtschaften. Aber stimmt das noch oder hat es überhaupt je gestimmt? Neue Forschungen zeigen, dass bis zu 84 Prozent eines Firmenwertes durch nicht materielle und nicht finanzielle Dinge entstehen. Hierzu gehören der Ruf des Unternehmens und das Vertrauen, das es am Markt genießt, seine Kunden- und Lieferantenbeziehungen, seine Unternehmenskultur und Mitarbeiterbindung oder auch seine Fähigkeit relevante Innovationen hervorzuheben. Es geht um die integrale Sicht auf ein Unternehmen, das natürlich nicht nur vom Streben nach finanziellen Zielen geprägt ist, sondern zu dessen Verantwortung es auch gehört, langfristige Werte zu schaffen, nachhaltig zu wachsen und zukunftsfähig zu bestehen. Um das zu erreichen, muss sich jede Firma auch damit befassen, ihre Existenzgrundlage zu erhalten oder sogar langfristig auszubauen.

Zwangsläufig kommen damit der gesellschaftliche Kontext und die Umwelt in den Blick, in denen ein Unternehmen eingebettet ist und die einen wesentlichen Teil seiner Existenzgrundlage ausmachen. Besonders deutlich wird das, wenn diese beiden Faktoren – Gesellschaft und Umwelt – Schaden erleiden, der sich meistens ganz direkt auf ein Unternehmen auswirkt, wie zum Beispiel extreme klimatische Ereignisse und davon ausgelöste Zerstörungen oder gesellschaftliche Themen wie Fachkräftemangel, zunehmende Armut oder mit Gewalt ausgetragene Konflikte.

Sozusagen aus purem Selbsterhaltungstrieb und – sachlicher ausgedrückt – mindestens unter Gesichtspunkten des Risikomanagements und der Kundenbindung ist es daher für jedes Unternehmen wichtig, einen Beitrag zu den drängenden Fragen unserer Zeit zu leisten. Dies kann durch die Entwicklung von innovativen, nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen geschehen, durch Veränderungen von Prozessen und Strukturen, oder auch durch Spenden an oder Kooperation mit Organisationen, die sich gezielt der Lösung von konkreten gesellschaftlichen Herausforderungen widmen.

So gesehen sind nachhaltige Transformation und die Erfüllung von ESG-Kriterien nicht lästige neue Auflagen, sondern können als wesentlicher und notwendiger Teil der Unternehmensstrategie verstanden und behandelt werden.

Dr. Ursula Heimann arbeitet als selbständige Expertin für Gründer und Mittelstand. Einmal im Monat schreibt die Soltauerin für die Böhme-Zeitung.



Wietzendorf will die gemeindeeigenen Bäume im Kernort digital erfassen. Bei der Einrichtung eines Baumkatasters gibt es allerdings Vorbehalte, wie die jüngste Ratssitzung zeigt. Foto: bk

# Dorfbäume werden erfasst, aber ohne extra Kataster

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Wietzendorf. Auf der vergangenen öffentlichen Sitzung hat der Wietzendorfer Rat auf dem Peetshof neben dem Haushalt 2025 weitere Themen behandelt, die zum Teil eine direkte Auswirkung auf die Einwohnerinnen und Einwohner haben.

So musste die Schmutzwassergebühr für die Jahre 2025 bis 2027 von 1,25 auf 1,80 Euro je Kubikmeter festgesetzt werden. Die Gebühr für die Abfuhr von Abwasser und Fäkaltschlamm ist für das kommende Jahr auf 49,77 Euro festgesetzt worden. Grundlage der neuen Preise sind Gebührenbedarfsberechnungen des Wirtschaftsprüfungsbüros Wiedeking und Partner. Der Rat hat die Gebührensatzungen entsprechend angepasst.

Von der Einführung eines Energiemanagements für die 16 Liegenschaften der Gemeinde, auf denen Energiekosten anfallen, hat der Rat Abstand genommen. Dafür erhoffte Fördermittel konnten nicht akquiriert werden.

Konzept für Gedenkstätten sorgt für Skepsis im Rat wegen beträchtlicher Kosten für Studie zur Machbarkeit

Die Ausweisung weiterer Flächen für Freiflächenphotovoltaik hat die Gemeinde per Ratsbeschluss auf das vierte Quartal 2025 verschoben. Dann soll das Thema erneut auf die Tagesordnung kommen.

Die digitale Erfassung der gemeindeeigenen Bäume im Kernort will der Rat durchführen und dafür auch eine entsprechende Softwarelizenz beschaffen. Anders als ursprünglich erwogen, soll der Auftrag dafür aber nicht extern vergeben, sondern durch eigenes Personal durchgeführt werden. Sowohl die CDU-Fraktion als auch die Gruppe SPD/FDP lehnten allerdings die Erstellung eines Baumkatasters deutlich ab.

Beim Thema Gedenkstättenkonzept für den Kulturraum Oberes Örtzetal auf Grundlage einer Projektskizze der Geschichtswerkstatt der Gemeinde Faßberg wurde im Rat von mehreren Seiten Skepsis geäußert, vor allem weil allein für eine Machbarkeits-

studie bereits 100 000 Euro veranschlagt wurden. Der Rat hat dann aber doch 5000 Euro für das Projekt beschlossen, allerdings mit einem Sperrvermerk versehen. Ein Projekt also, das man sich noch einmal genauer ansehen möchte.

Änderungen beim Bedarfsplan der Feuerwehr angenommen

Den Bebauungsplan Nr. 61 „Gewerbeflächen Über der Brücke“ hat der Rat bei einer Gegenstimme von FDP-Ratsherr Andreas Ebel die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gebilligt. Der Rat hat zudem einstimmig eine neue Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte beschlossen. Die vorherige Satzung stammte aus dem Jahr 1981 und bedurfte einiger Anpassungen beispielsweise zu den Themen Betreuungsrecht, Nutzungseinschränkungen, Haftungsfragen und Ordnungswidrigkeiten sowie Benutzungsgebühren.

Einmal glatt durch den Rat gingen Änderungen an der Feuerwehrgebührensatzung und die erste Änderung vom Feuerwehrbedarfsplan. So soll als Ersatzbeschaffung für das Löschgruppenfahrzeug LF16 ein LF20 statt eines Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeugs HLF20 beschafft werden. Zudem soll das LF20 noch vor der Neubeschaffung eines Mittleren Löschfahrzeugs (MLF) erworben werden. Auf Nachfrage aus dem Rat erklärte der Allgemeine Vertreter des Bürgermeisters Patrick Kirstin, dass alte Fahrzeuge veräußert werden sollten.

Eine Vereinbarung mit dem Landkreis zur Kostenbeteiligung bei den Kindertagesstätten trägt der Rat nur zähneknirschend mit. „Das ist der reinste Schildbürgerstreich. Die Beteiligung des Landkreises ist nicht auskömmlich“, so Ratsmitglied Martin Mertens. Die Zustimmung erfolgte bei drei Gegenstimmen.

Aufgrund der Abschaffung der Kinderreisepässe muss die Gemeinde deutlich mehr Personal ausweise und Reisepässe ordern. Um die Kosten dafür decken zu können, hat der Rat einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 9000 Euro zugestimmt.

## ALTE AUSGABEN

### Böhme-Zeitung.

4. Dezember 1874

■ Einbeck. Die Marienkirche zu Einbeck, deren Mauerwerk am Westende gesunken war und bedeutende Risse zeigte, ist soweit wieder hergestellt, daß am letzten Sonntag der Gottesdienst nach längerer Unterbrechung darin wieder gehalten werden konnte. Da dies Gotteshaus auch Garnisonkirche ist, so wurde bei der Wiedereröffnung die Gedenktafel der im letzten Kriege gefallenen Krieger des 82. Regiments neben dem Altar angebracht. Die Tafel zeigt im Ganzen 71 Namen.

4. Dezember 1899

■ Soltau. Mit dem 1. Januar 1900 nach Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist jede Dienstherrschaft verpflichtet, dem Dienstherrn im Falle der Erkrankung die erforderliche Pflege und ärztliche Behandlung bis zur Dauer von 6 Wochen zu gewähren. Als eine geeignete Hilfe in den Fällen, wo die Pflege im Hause der Dienstherrschaft nicht gut möglich oder für den Kranken die Pflege im Krankenhaus ratsam erscheint, dürfte sich eine Einrichtung empfehlen, wie sie das Allgemeine Krankenhaus in Celle bietet. Es besteht nämlich dort die Einrichtung, daß für einen Jahresbeitrag von 6 M. ein Dienstherr, 4 M. für den zweiten, dritten etc. 13 Wochen Pflege und ärztliche Behandlung erhält.

4. Dezember 1924

■ Hannover. Die Geschäfte bleiben am Wahlsonntag geschlossen. Der preußische Handelsminister hat verfügt, daß am Wahlsonntag – dem dritten Sonntag vor Weihnachten – keine Genehmigung für die Offenhaltung der Geschäfte zu erteilen ist, damit die Angestellten nicht in der Ausübung ihres Wahlrechts behindert werden.

4. Dezember 1949

■ Soltau. Die Briefkästen in den Landgemeinden erhielten in den letzten Wochen einen neuen Anstrich. Sie wechselten in ihrer Farbe von Rot zum Gelb über, nachdem die Briefkästen in der Stadt Soltau schon seit längerer Zeit diesen Umfarbeprozess hinter sich haben.

4. Dezember 1974

■ Bonn. Am 2. Januar 1975 feiert die wohl billigste und langbeliebteste Unterhaltungssendung des ARD-Fernsehens ihr 20jähriges Jubiläum: Robert Lembkes heiteres Beruferatzen „Was bin ich“. Der Moderator erinnert sich, dieses Spiel erstmals in seiner Schulzeit bei einem Mathematikprofessor kennengelernt zu haben. Lembke: „Als ich 1953 meine Fernsehlehrezeit bei der englischen BBS absolvierte, stieß ich auf eine ähnliche Sendung. Der Bayerische Rundfunk kaufte die Lizenz und wir bauten die Idee aus.“ Da sich 1955 kein geeigneter Moderator finden wollte, entschied Lembke (damals noch Chefredakteur des BR) kurzentschlossen: „Dann mache ich es eben selbst!“

# 10800 Kilogramm Milch pro Kuh

Broten-Hof aus Großenwede mit Preis ausgezeichnet

Großenwede. Die Milchwirtschaft im Landkreis Heidekreis kann einen bedeutenden Erfolg feiern: Carsten Riebesell aus Großenwede wurde beim landesweiten Milchlandpreis-Wettbewerb unter den acht besten Betrieben ausgezeichnet und darf sich nun zu den „Besten Milchzeugern Niedersachsens 2024“ zählen. Die Auszeichnung wurde ihm bei einer feierlichen Preisverleihung in Oldenburg von der niedersächsischen Landwirtschaftsministerin Miriam Staud-

te, dem Niedersächsischen Landwirtschaftsvizepräsidenten Frank Kohlenberg sowie den Vorsitzenden der Landesvereinigung der Milchwirtschaft Niedersachsens (LVN), Jan Heusmann und Weert Baack, überreicht.

Riebesell bewirtschaftet in Schneverdingen einen 160 Hektar großen Betrieb, davon 60 Hektar Grünland, und hält 124 Milchkühe. Der Betrieb liefert die Milch an die Frischli-Milchwerke. Die Herde erbringt eine gute Milchleistung von rund 10800 Kilogramm pro Kuh und Jahr.

Den ersten Platz und die „Goldene Olga“ erhielt der Milchhof Suer von Carolin und Christoph Suer aus Meppen-Teglingen im Emsland. Der Betrieb beeindruckte die Jury durch seinen Wandel zu einem modernen und zu-

kunfts-fähigen Milchkuhbetrieb mit Innovationsgeist und vorbildlichem Tierwohl. Zudem erhielt der Betrieb ein Preisgeld in Höhe von 3500 Euro.

Der Milchlandpreis wird jährlich an Milchzeuger verliehen, die sich durch nachhaltiges Wirtschaften auszeichnen. Eine Fach-

jury beurteilte die Kandidaten nach den Kriterien Ökologie, Ökonomie, Tierwohl und Soziales. Der Wettbewerb wurde in diesem Jahr um den Niedersächsischen Klima-Sonderpreis erweitert, der Betriebe mit herausragenden Aktivitäten im Bereich Klimaschutz hervorhebt. bz



Ehre, wenn Ehre gebührt: Familie Riebesell aus Großenwede wird in Oldenburg ausgezeichnet.

## BEREITSCHAFTSDIENST

Die Dienstzeiten der kassenärztlichen Bereitschaftsdienstpraxis: Mo., Di., Do.: 19 bis 21 Uhr; Mi., Fr.: 17 bis 20 Uhr; Sbd., So., Feiertage: 11 bis 13 Uhr sowie 17 bis 19 Uhr.